



## PRESSEAUSSENDUNG

### Konjunktur: Wien fällt bei Aufschwung weiter zurück

*Utl: Bundeshauptstadt ist Schlusslicht beim Rückgang der Arbeitslosenzahlen - Jank:  
„Wiens Wachstumsvorsprung geht schrittweise verloren“*

Wien, 2. August 2010 - Als Stadt der Dienstleistung mit nur wenig Industrie hat Wien das Krisenjahr 2009 mit den geringsten Einbußen unter allen österreichischen Bundesländern überstanden. Schmerzlich war der Rückgang der Wertschöpfung um 2,6 Prozent aber dennoch. Wettgemacht wird er im heurigen Jahr jedenfalls nicht werden: „Mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von nur etwas mehr als einem Prozent ist die Wiener Konjunktur noch lange nicht im jenem Tempo unterwegs, wie sie für einen spürbaren Aufschwung und eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes notwendig wäre“, warnt Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank. Das belegen nun auch die aktuell veröffentlichten Arbeitslosenzahlen. Mit einem Rückgang von lediglich 2,4 Prozent ist Wien Schlusslicht in Österreich - mit großem Abstand zum durchschnittlichen österreichweiten Rückgang von knapp 9 Prozent.\*\*\*\*

Die neuesten Arbeitslosenzahlen sind allerdings lediglich Ausdruck einer größeren Entwicklung, von der Wien betroffen ist. Denn was sich in der Krise als Stärke erwiesen hat - nämlich die starke Dienstleistungsorientierung -, wird nun zum Nachteil. Die rasche Erholung der Weltmärkte kommt in anderen Bundesländern wesentlich rascher an als in Wien. „Wiens Wirtschaft verliert zunehmend den Wachstumsvorsprung des letzten Jahres“, sagt Jank und fordert von Bund und Land verstärkte Wachstumsimpulse für Wien, um gegenüber den anderen Bundesländern nicht zu verlieren. Konkret fordert Jank eine Ausweitung der regionalen Wirtschaftsförderungen - zum Beispiel durch Wiedereinführung der Althausmilliarde -, eine Investitionszuwachsprämie, um die stagnierende Investitionstätigkeit der Wiener Betriebe in Schwung zu bekommen, und einen Handwerker-Bonus. „Wir brauchen Maßnahmen, die die Wirtschaftsleistung steigern, um neue Steuereinnahmen zu generieren und den Arbeitsmarkt entlasten. Was wir nicht brauchen, sind neue Belastungswellen durch Bund und Land, die die Wirtschaft in ihrer schwierigen Lage weiter bremsen und behindern“, so Jank.